

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends
Abonnementpreis 3 M. pro Quartal
bei freier Zustellung unter Kreuzband 4 M.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 86, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8248

Kassachefkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Arbeitslosigkeit und Konjunktur im Malergewerbe Ende Februar 1930.

Der deutsche Arbeitsmarkt wies für Mitte Februar eine Belastung von 3 308 261 verfügbaren Jugendlichen auf. Davon entfielen 1 741 680 oder 51,2 % auf die sogenannten Außenberufe und 1 621 581 oder 48,8 % auf die Konjunkturgruppe. Von den Erwerbslosen wegen 2 318 193 Arbeitslosenunterstützung, 200 710 standen der Krisenfürsorge und 778 358 oder 23,4 % bezogen keine Unterstützung oder waren auf die allgemeine Wohlfahrtsangelegenheiten angewiesen. In der zweiten Hälfte des Monats dann noch eine weitere Steigerung eingetreten, doch ist Zunahme hinter dem bisherigen Tempo zurückgeblieben. Anfang März ist die Nachfrage nach Arbeitskräften gestiegen, ohne jedoch den Erwartungen auf wirksame Lastung des Arbeitsmarktes gerecht zu werden.

Das gleiche trostlose Bild zeigt sich in unserm Malergewerbe. In 171 Filialen mit 5 003 1 Mitgliedern, davon 2 500 weiblichen, die über den Stand der beruflichen Arbeitslosigkeit am 22. Februar berichteten, wurden 1 533 männliche und 15 weibliche, zusammen 1 548 arbeitslose Verbandsmitglieder gezählt. Das sind 30,9 % arbeitslos auf das Hundert, 2,1 % mehr als Ende Januar, 1 % mehr als zu derselben Zeit des Vorjahres. Die ungewöhnliche Kälte die Inangriffnahme von Bauarbeiten unumgänglich machte. Die Zahl bleibt nur 1,7 % hinter der Erwerbslosigkeit des durchschnittlichen Winter 1923/1924 zurück, in dem das Wirtschaftskrisenindex wie niemals zuvor. Zur Zeit haben die Landesstellen noch über dem Reichsdurchschnitt. Im letzten des Landesarbeitsamtes Pommern wurden 58,8 %, Bayern 50,9 %, in Hessen 60,4 % und in Ostpreußen 70,7 % erwerbslose Verbandsmitglieder ermittelt. Ist in Niederachsen, das am günstigsten dasteht, war Zeit der Erhebung noch jeder dritte Kollege arbeitslos. Diese Feststellungen für die Arbeitnehmer des Maler-, Lackiererhandwerks bedeuten, läßt sich voll erkennen, wenn man die Ergebnisse unserer Arbeitslosenstatistik für diese Zeit zurückverfolgt. Ein verhältnismäßig gutes Bild hat von 0,8 % Erwerbslosen liegt bis zum April 1925. Im nächstfolgenden Jahre hatten wir im Mai mit 2,5 %, 1927 im Mai mit 2,5 % und 1928 ebenfalls im Mai mit 4,4 % den günstigsten Stand. Dann aber ging es, aus der nachstehenden Tabelle über die Arbeitslosigkeit Anfang 1929 abzulesen ist, dauernd abwärts.

11 weibliche Personen hatten eine um 9 bis 16 Stunden, 342, davon 10 weibliche, eine um 17 bis 24 Stunden und 111 weitere männliche Personen eine um 25 und mehr Stunden verkürzte Wochenarbeitszeit. Wir dürfen wohl die letzten drei Gruppen als berufliche Arbeitnehmer aus Industriebetrieben betrachten, die durch fortschreitende Rationalisierungsmaßnahmen und mangelnden Auftrags-eingang in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Unsere monatliche Konjunkturfrage ist eine wertvolle Ergänzung der Arbeitslosenstatistik, obwohl sie uns tatsächliche Unterlagen nur aus etwa 150 Betrieben des Baualergewerbes in 44 verschiedenen Filialen vermittelt. Aber gerade der Umstand, daß es sich fortlaufend um dieselben und in den fraglichen Orten maßgebende Betriebe handelt, bietet eine Gewähr für zuverlässige Feststellungen. Für Ende Februar sind aus 43 Orten

Am Ende des Monats	Der Beschäftigungsgrad wurde beurteilt mit						Bewertungsziffer
	gut		befriedigend		schlecht		
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte	
1929 Januar ..	8,8	21,3	31,7	37,9	50,5	40,8	3,18
Februar ..	6,0	15,2	28,8	38,9	65,2	45,9	3,30
März ..	20,5	25,5	50,8	66,0	19,7	6,5	2,88
April ..	59,8	64,0	40,4	31,5	8,8	3,3	2,39
Mai ..	34,4	64,3	40,4	37,2	3,5	1,1	2,39
Juni ..	39,5	47,4	45,0	41,9	14,9	10,7	2,63
Juli ..	40,0	68,2	44,3	28,4	9,7	5,4	2,37
August ..	43,0	65,5	42,9	20,2	14,9	8,3	2,42
September ..	32,0	48,1	40,6	41,2	21,4	10,7	2,62
Oktober ..	28,2	46,3	39,3	31,8	32,5	21,9	2,75
November ..	18,7	30,2	45,3	53,4	36,0	18,4	2,86
Dezember ..	15,2	28,9	27,9	39,2	58,9	32,1	3,09
1930 Januar ..	7,4	19,0	30,3	40,3	62,3	40,1	3,20
Februar ..	5,7	8,6	35,7	61,5	56,8	29,9	3,21

140 Fragebogen für ebenso viele Betriebe mit insgesamt 3 404 beschäftigten Personen eingegangen. Die durchschnittliche Beschäftigungsziffer errechnete sich auf 24,5 für den einzelnen Betrieb, gegen 18,3 Beschäftigte am Ende des Monats Januar. (Siehe Nr. 8 des „Maler“, wo in der Ueberschrift allerdings irrtümlich „November“ statt Januar gesetzt ist.) Das ist aber nur eine scheinbare Verbesserung und hält einer ernsthaften Prüfung nicht stand. Sie kommt nämlich nur dadurch zustande, daß diesmal einige Großbetriebe erfasst wurden, die das Ergebnis in diesem Sinne günstig beeinflussen, für die aber bei der vorigen Erhebung keine Fragebogen eingekam. Den Beschäftigungsgrad beurteilen 2 Betriebe mit 119 Beschäftigten, das sind 1,4 % gegen 0,8 % beziehungsweise 3,5 % gegen 2,7 % am Ende des Vormonats, mit sehr gut; 8 oder 4,3 % der Betriebe (gegen 6,6 %) mit 175 oder 5,1 % der Beschäftigten (gegen 16,9 %) mit gut; 50 Betriebe oder 35,7 % (gegen 30,3 %) mit 2002 Beschäftigten oder 61,5 % (gegen 40,3 %) mit befriedigend und 82 Betriebe oder 58,6 % (gegen 62,3 %) mit 1018 Beschäftigten oder 29,9 % (gegen 40,1 %) mit schlecht. Die Verminderung der „schlecht“ beschäftigten Betriebe wird durch den absolut wie auch relativ erheblichen Rückgang der „gut“ beschäftigten Betriebe reichlich aufgewogen, wie das durch die Verschlechterung der Bewertungsziffer von 3,20 auf 3,21 sichtbar zum Ausdruck kommt. Die vorstehende Uebersicht zeigt die Konjunktur-entwicklung in den berichtenden Betrieben seit Januar 1929. Ein wirklich günstiger Stand mit einer Bewertungsziffer von 2,03 liegt auch hier bis zum Mai 1925 zurück. 1929 wurden erst 1927 wieder erreicht und seitdem bewegt sich die Bewertungsziffer (günstigster Fall im Mai 1928 mit 2,31) immer auf wenig befriedigender Linie.

Von den Beschäftigten stehen 610 oder 17,9 % noch in der Ausbildung. In Wirklichkeit ist das Verhältnis im Malergewerbe zwischen Gehilfen und Lehrlingen viel ungünstiger. In dem ermittelten Resultat sind acht Betriebe mit 151 Beschäftigten ohne Lehrlinge, allerdings auch vier Betriebe mit neun Lehrlingen ohne Gehilfen, obwohl nur ältere und gut fundierte Betriebe in den Bericht einbezogen sind. Einstellungen und Entlassungen halten sich mit 363 beziehungsweise 372 die Waage. Die Beschäftigung ist also trotz günstiger Witterung noch so unentwickelt,

daß der vor Beginn der eigentlichen Frühjahrskonjunktur übliche Wettstreit um die Einstellung der leistungsfähigsten Arbeitskräfte noch nicht entbrannt ist. Dagegen ist die Kurzarbeit etwas zurückgegangen, da in einzelnen Lohngebieten nach den tariflichen Bestimmungen die normale Sommerarbeitszeit — in der Regel unter Beschränkung der Pausen — wieder in Kraft treten sollte. Dennoch ist, wie mehrfach vermerkt, eine Verschlechterung eingetreten, indem zur Vermeidung sonst notwendig werdender Entlassungen in einigen Betrieben zu abwechselnd wochenweisem Aussehen übergegangen wurde.

Diese Feststellungen zeigen mit brutaler Deutlichkeit die wirtschaftliche Unsicherheit, der die beruflichen Arbeitnehmer ausgesetzt sind. Sie sind aber auch eine scharfe Anklage gegen die falsche Gewerbepolitik, die durch übermäßige Heranbildung gewerblichen Nachwuchses eine Ueberfüllung mit beruflichen Arbeitskräften herbeigeführt hat. Zu spät für eine wirkungsvolle Umkehr hat sich diese Erkenntnis jetzt auch in Arbeitsgebieten durchgesetzt. Wo jetzt tausende gelernter Arbeitnehmer keine Beschäftigung finden können, und viele aus bitterster Not getrieben, sich durch Uebernahme von Arbeitsaufträgen auf eigene Rechnung durchzuschlagen versuchen, kommen selbst berechtigte Klagen über Schmutzkonzurrenz und unzulässige Schwarzarbeit zu spät. Sine malen diese im Grunde bedauerenswerten Ausnahmefälle bei ihren billigen Kostenvoranschlägen betrübliche Vorbilder aus achtbaren Gewerbetreibenden vorfinden. In der Not und wirklichem Existenzkampf machen sie daraus eine Tugend, die auch wir verurteilen, deren Ursache aber weniger in diesen Leuten selbst, als vielmehr in der mit sträflichem Leichtsinne herbeigeführten Ueberfüllung des Berufes zu suchen ist. Daneben sind andere Ursachen, wenn auch nicht bedeutungsvoll, so doch mehr nebensächlicher Art. Die nächsten Wochen werden ja eine Belebung unseres Gewerbes und dem beruflichen Arbeitsmarkt eine Entlastung bringen. Daß alle Arbeitnehmer lohnende Beschäftigung im Berufe finden werden, ist unser ernsthaftester Wunsch, wird aber kaum zu erreichen sein.

Der Geschäftsbericht der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände.

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, die Zusammenfassung der organisatorischen Kräfte jenseits der Front, die die beiden Klassen, Kapital und Arbeit, trennt, hat vor kurzem ihren Geschäftsbericht herausgegeben, der die Zeit von Anfang 1927 bis Mitte 1929 umfaßt. Der Bericht hat einen Umfang von 412 Seiten Umfang und nebst 36 Anlagen. Eine Fülle von Material ist hier zusammengetragen. Der Bericht legt Rechenschaft ab für das Wirken der Arbeitgeberverbände. Er gliedert sich in Hauptgruppen und Untergruppen. Die Hauptgruppen sind: Organisation, unter welchem Kennwort die eigenen und andere Arbeitgeberorganisationen und die verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen behandelt werden. Es folgen die Rubriken: Sozialrecht, Sozialversicherung, Arbeitsmarkt, Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Arbeitszeit, Lohn- und Tarifpolitik, Sozialpolitik im Ausland usw. Soweit der Bericht zu wirtschaftspolitischen Fragen Stellung nimmt, werden neue Gesichtspunkte kaum hervorgebracht.

Eine Gesamtbelastung von 17 Milliarden Mark? In der Einleitung wird ausgeführt, daß die Steigerung der öffentlichen Aufwendungen, die sozialen Anforderungen und die Erhöhung der Löhne eine Gesamtbelastung im Jahre 1929 gegenüber 1928 von rund 17 Milliarden Mark ergeben hat. Einzelberechnungen, wie diese Mehrbelastung zustande gekommen ist und woraus sich die Summe von 17 Milliarden zusammenfügt, werden nicht gemacht. Eine Nachprüfung ist also nicht möglich, und muß man die Angaben als sehr problematisch bezeichnen. Es wird weiter ausgeführt, daß diese außerordentliche Mehrbelastung die deutschen Unternehmer zu einer umfassenden Rationalisierung gezwungen habe. „Man kann heute rückwärtsgewandt sehr begründete Zweifel darüber haben, ob nicht die durch die Ueberlastung der Wirtschaft erzeugte (?) Rationalisierung in unserer kapitalarmen, aber an menschlicher Arbeitskraft überreichen Wirtschaft sich in zu schnellem Tempo und zu großer Ausdehnung vollzogen hat.“

Die Gewerkschaften sind schuld an den Fehlinvestitionen! Die Vereinigung wehrt sich gegen den Vorwurf der Fehlinvestitionen infolge der überstürzten Rationalisierung durch den Hinweis, daß der größte und verhängnisvollste

Monat	Es berichteten Filialen		Mitgliederzahl in den berichtenden Filialen am Schlusse des Monats		Arbeitslose Mitglieder am Schlusse der letzten Woche des Monats		Auf je 100 Mitglieder entfallen arbeitslose am Schlusse der letzten Monatswoche	
	1929	1930	1929	1930	1929	1930	1929	1930
Januar ..	161	170	53 291	57 043	22 270	26 956	41,8	47,3
Februar ..	170	171	54 552	59 031	20 412	29 168	48,4	49,4
März ..	148		51 718		15 938		30,8	
April ..	154		53 380		8 001		14,9	
Mai ..	177		58 047		4 995		8,6	
Juni ..	157		50 523		5 540		11,0	
Juli ..	159		57 736		6 103		10,6	
August ..	152		53 255		7 188		13,0	
September ..	154		57 078		7 561		13,2	
Oktober ..	162		53 103		9 342		17,8	
November ..	165		58 243		16 846		28,9	
Dezember ..	161		53 529		23 660		44,2	

Jeder zwölfte berufsangehörige Arbeitnehmer ist seit dem vorigen Jahre ununterbrochen arbeitslos und dennoch es auch in unserm Gewerbe Leute, die in das verne Geschrei von der Begehrlichkeit der Arbeiter mitstimmen oder ihm aus egoistischen Gründen zumindest mit der nötigen Schärfe entgegengetreten. Und wie ist mit dem vom Glück begünstigten, die den Winter über Arbeit stehen konnten? Auch deren wirtschaftliche Lage wenig beneidenswert, denn ihr Einkommen ist durch Kurzarbeit meist so geschmälert, daß sie ihr Leben — zumal Familie — nur unter Entbehrungen und mehr schlecht recht fristen können. Kamem doch am Stichtage zu 29 168 Arbeitslosen noch 6 493, davon 21 weibliche Kurzarbeiter, sowie über Kurzarbeit überhaupt berichtet wurde, was durchaus nicht allgemein geschehen ist. 5727 männliche Berufsangehörige, wohl reiflos dem Malergewerbe angehörend, war die wöchentliche Arbeitszeit bis zu 8 Stunden verkürzt. 302 männliche und

Zehntausend der letzten Jahre, wie er in vorstehendem skizziert ist, entgegen den begründeten Warnungen und dem Widerstand der Unternehmer von den gleichen Kräften erzwungen worden ist, die sich nicht Genüge tun können in absprechender Kritik der Unternehmerrichtung. Das ist eine sehr billige Behauptung. Wenn die Unternehmer das Prädikat Wirtschaftsführer für sich beanspruchen und dann in der Organisation der Produktion zu Fehlstationen kommen, dann klingt es sehr eigenartig, wenn die Schuld dieser verfehlten Wirtschaftsführung auf diejenigen abgeschoben wird, die man bewußt von jedem Mitbestimmungsrecht ausschaltet.

Natürlich fehlt es nicht an Seitenhieben auf die von den regierenden Körperschaften beeinflusste Wirtschaftspolitik. Allerdings bequem man sich doch zu einem Eingeständnis: „Man mag zugeben, daß es unendlich schwer für unser Volk und seine Regierung ist, nach unserem Zusammenbruch, nach der tiefgreifenden Umgestaltung unserer politischen Struktur mit der Umlagerung der politischen Gewalt in der Richtung solcher Volksteile, die bisher ohne Verantwortung für eine praktisch durchführbare und erfolgreiche Staatsführung in der Opposition gestanden haben, und angeht die Umwälzungen technischer und organisatorischer Art im Raum der Wirtschaft die optimale Linie unseres Staatswesens zu finden.“ Dieses Eingeständnis wird nicht unterstützt durch praktische Vorschläge, wie sich die Vereinigung eine einheitliche Wirtschaftspolitik denkt, die dem begründeten Streben der arbeitenden Massen Rechnung trägt.

Wie sieht die Spitzenorganisation der Unternehmer aus?

Die Spitzenorganisation der Unternehmerverbände ist durchaus nicht ein so einheitliches Gebilde, wie man dies erwarten sollte. Bekanntlich ist sie erst nach dem Kriege entstanden. Ziel der Vereinigung war es, die fachlich und gemischt-gewerblichen Arbeitgeberverbände organisch zu verbinden. „Diese Gedanken fanden ihren Niederschlag in der Verankerung des Grundgedankes, daß unter Anerkennung der Gleichberechtigung beider Organisationsformen jeder Arbeitgeber sowohl fachlich wie gemischt-gewerblich organisiert sein soll.“ Die Mitglieder der Vereinigung beschäftigen 6,4 Millionen Arbeiter. Insgesamt sind entweder durch direkte Mitgliedschaft oder Interessengemeinschaft 3009 Arbeitgeberverbände angeschlossen. Außerhalb der Vereinigung stehen als wesentlichste Gruppen nur die Zigarren- und Bekleidungsindustrie (Konfektion und Schuhe). Als reine Arbeitgeberverbände sind die Organisationen der Industrie- und Gewerbeverbände anzuzählen, die 4,8 Millionen Arbeitnehmer beschäftigen. Dazu treten gemischt-gewerbliche Vereinigungen mit insgesamt 1,6 Millionen Arbeitnehmern. Nach Wirtschaftsprüfungsgesellschaften gehören der Vereinigung an: Industrieverbände mit 5 200 000, Handwerk mit 320 000, Landwirtschaft mit 315 000, Verkehr mit 235 000, Handel mit 210 000, Banken mit 25 000, Versicherungen mit 10 000 und andere Gewerbe mit 65 000 Arbeitnehmern.

Jeder Unternehmer soll doppelt organisiert sein.

An sich bildet also die Spitzenorganisation der Arbeitgeberverbände ein buntes Gemisch von Spitzenorganisationen, Reichsverbänden, Fachgruppen, Bezirksverbänden und einigen Ortsverbänden. Von den in den Mitgliedsverbänden der Vereinigung zusammengefaßten Einzelunternehmern sind doppelt organisiert 67,8 %, nur regional, aber nicht gleichzeitig fachlich 9,1 %, nur fachlich, aber nicht gleichzeitig regional 6,8 %. Auf 16,5 % läßt sich das Prinzip der doppelten Zugehörigkeit nicht anwenden, da diese teils anderen Wirtschaftsgruppen (Banken, Handel, Handwerk, Landwirtschaft, Verkehr, Versicherungen, Zeitungsgewerbe) angehören. Nach dem Prinzip der Vereinigung soll jeder Unternehmer doppelt, das heißt sowohl fachlich als gemischt-gewerblich organisiert sein. Mit dem Reichsverband der deutschen Industrie, der wirtschaftspolitischen Spitzenorganisation der Unternehmer, bestehen enge Verbindungen. Alljährlich werden gemeinsame Geschäftsführerkonferenzen abgehalten. Sachverständigenorgane der Vereinigung sind das Präsidium (10 Mitglieder), der Vorstand (50 Mitglieder), der Hauptausschuß (200 Mitglieder) und die ordentliche Mit-

Der Tag des Buches 1930.

Ist auf den 21. März angefeht worden. Die Veranstaltungen und die werbenden Aktionen der interessierten Verbände und Unternehmungen bleiben natürlich nicht auf diesen einen Tag beschränkt. Auch die Freunde der Büchergilde Gutenberg werden nicht nur am 21. März darangehen, ein neues Mitglied zu werben. Sie werden vielmehr die Zeit vom 15. bis zum 31. März als eine günstige Gelegenheit betrachten, in der durch Vorträge und Ansprachen und Artikel für das Buch interessierten Öffentlichkeit auf die Büchergilde Gutenberg aufmerksam zu machen. Die neue Werbepremie „Mitsanobu“ wird vielen ein Ansporn sein, unter Mitarbeitern und Bekannten von den Vorteilen zu sprechen, die mit einer Mitgliedschaft bei der Büchergilde verbunden sind. Der heutige Stand von mehr als hundert Auswahlbänden erleichtert die Werbung erheblich. Wer kann heute noch sagen, daß er in den Büchereiheften der Gilde nicht die Werke fände, die seinen Wünschen entsprechen? — Auch an diesem Tag des Buches wird die Büchergilde Gutenberg nicht die Monatsbeiträge der Mitglieder in Form von Propagandamaterial auf die Straße werfen. Sie kann diese Summen zur Erhöhung ihrer Leistungen verwenden, weil sie die hauptsächlichste Werbemöglichkeit den Mitgliedern überlassen kann, die keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ihrer Begeisterung für die Gilde werbenden Ausdruck zu geben. — Der Tag des Buches 1930 muß ein Tag der Büchergilde werden!

gliederversammlung. Es ist also ein umfangreicher Apparat, der hier zur Erledigung der Geschäfte aufgebildet wird.

Die zerrissene Arbeiterfront.

Ein wehmütiges Gefühl beschleiert einen, wenn man die 25 Seiten des Berichts durchliest, die den Gewerkschaftsverbänden gewidmet sind. In der zusammenfassenden Schilderung kommt ein Bild der Zerrissenheit der Arbeiterschaft zum Ausdruck. Oben stehen die freien Gewerkschaften, ADGB und IFA-Bund, als der maßgebendste Block der gewerkschaftlichen Front. Es folgt der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften und Angestelltenverbände, der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter- und Angestelltenverbände und die sogenannten wirtschaftsfriedlichen Vereinigungen der verschiedensten Art. Diese sind mit nicht weniger denn elf Spitzenverbänden vertreten.

Wenn auch die Arbeitgeberverbände noch lange nicht einen einheitlichen Körper mit klarer Zielsetzung darstellen, so ist doch immerhin ein einheitlicher Wille und eine entsprechende organisatorische Einrichtung vorhanden. Aber auf der Seite der Arbeiter und Angestellten, also des zerrissenen Front, sieht es sehr traurig aus. Eine größere Zerspaltung läßt sich kaum denken. Die Unternehmer sind organisatorisch nicht stärker als die Gewerkschaften. Denn die 6,4 Millionen Arbeiter und Angestellten, die sie umfassen, werden „hinab“ von den freien Gewerkschaften erfasst. Immerhin wirkt die Vereinigung als eine einheitliche Macht, weil die Zerspaltung in politische und religiöse Richtungen bei den Unternehmern unbekannt ist. Diese Lücke muß durch äußerste Kraftanstrengung mit und durch die freien Gewerkschaften ausgeglichen werden.

Bauwirtschaft und Arbeitsmarkt im Jahre 1930

Die „Wohnungs-Wirtschaft“ Nr. 5, 1930, bringt eine umfassende Darstellung der augenblicklichen Wirtschaftslage, unter besonderer Berücksichtigung des Baugewerbes. Wir geben daraus folgendes wieder:

Die Zahl der verfügbaren Bauarbeiter beträgt bereits über 492 000. Das Institut für Konjunkturforschung schätzt den Gesamtumfang des in der Bauwirtschaft in den beiden letzten Jahren investierten Kapitals auf jährlich mindestens 8,8 Milliarden Mark, was ungefähr einem Viertel der industriellen Wertschöpfung und einem Achtel des deutschen Volkseinkommens entspricht. Im Jahre 1928 wurden rund 330 000 Wohnungen fertiggestellt. Für das Jahr

1929 liegen abschließende Zahlen noch nicht vor, aber darf sicher annehmen, daß mindestens 320 000 Wohnungen erstellt wurden. Für die endgültige Finanzierung des Baujahres 1929 fehlen mindestens 500 bis 600 Millionen Mark. In der gleichen Höhe sind Zinsen und Kredittitel in den Vorjahrsbauten festgefroren und fehlen für die Inangriffnahme neuer Bauvorhaben im Jahre 1930. Der Ausfall von 500 bis 600 Millionen Mark verteilt sich ungefähr gleichmäßig auf die privaten und öffentlichen Geldquellen.

Die Verhältnisse auf dem privaten Kapitalmarkt haben sich ungefähr seit anderthalb Jahren ständig verschlechtert und es ist noch nicht abzusehen, wann eine grundlegende Änderung in dieser Entwicklung einsetzen wird. Befallend ist der starke Rückgang bei der Zunahme von Pfandbriefumlauf im Jahre 1929. Im Jahre 1927 betrug die Zunahme des Umlaufs an Pfandbriefen und Kommunalobligationen 2034 Millionen Mark, im Jahre 1928 1927 Millionen Mark, im Jahre 1929 dagegen ungefähr 715 Millionen Mark. Besonders stark ist der Abfall innerhalb des Jahres 1929. Man wird in diesen Jahren von Seiten der privaten Hypothekenbanken und öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute, wie im Vorjahre, höchstens 400 bis 450 Millionen Mark an ersten Hypotheken für das Jahr 1930 rechnen dürfen. Die Sparkassen weisen ebenfalls einen Rückgang ihres Einlagenzuwachses auf. Der reine Einzahlungsüberschuß betrug im Jahre 1928 1570 Millionen Mark, gegenüber 1925 1995 Millionen Mark im Jahre 1928.

Was die öffentlichen Geldgeber angeht, so geben die Mittel aus der Hauszinssteuer, wenn auch langsam aber ständig zurück. An sich würden auch für das Jahr 1930 einschließlich der Rücklässe ungefähr 850 Millionen Mark an Hauszinssteuermitteln für den Wohnungsbau zur Verfügung stehen. Leider wird aber hier ebenfalls durch die kommunale Umschuldung eine wesentliche Kürzung eintreten, da viele Gemeinden auf Jahre hinaus Vorgriffe auf den Wohnungsbauposten der Hauszinssteuer gemacht haben. Es ist deshalb dringend erforderlich, daß der Besekretwürf Lipinski, der vom Reichstag mit Überwiegender Mehrheit angenommen wurde und gegen den der Reichsrat Einspruch einlegte, nunmehr beschleunigt vom Reichstag verabschiedet wird. Die Hauszinssteuer ist mehr denn je das Rückgrat der Wohnungsbaufinanzierung und des gesamten Wohnungsbaues überhaupt.

Ein namhafter Geldgeber für den Wohnungsbau waren in den letzten Jahren die Sozialversicherungsbeiträge. Leider gehen die Ueberschüsse bei den Sozialversicherungssträgern immer mehr zurück, und schon im Jahre 1930 muß damit gerechnet werden, daß diese Ueberschüsse ohne jede anderweitige Inanspruchnahme durch die öffentliche Hand an sich schon 80 bis 100 Millionen Mark weniger betragen werden als im Jahre 1929. Eine dritte große öffentliche Geldquelle waren bisher die Länder und Kommunen, die außer den Hauszinssteuermitteln besonders Wohnungsbaumittel aus Anleihen oder aus dem Hausbau zur Verfügung stellen. Hier wird das Jahr 1930 einen völligen Ausfall bringen, da die Länder und Kommunen vollständig damit beschäftigt sind, ihre kurzfristigen Schulden zu konsolidieren. — Rechnet man die einzelnen Positionen für den Wohnungsbau des Jahres 1930 zusammen, so stellt man einschließlich des Eigenkapitals höchstens mit einer Summe von ungefähr 2,2 Milliarden Mark rechnen dürfen gegenüber 3,2 Milliarden Mark im Jahre 1928 und 2,7 Milliarden Mark 1929. Von diesen 2,2 Milliarden Mark müssen aber 500 bis 600 Millionen Mark für die Restfinanzierung des Jahres 1929 verwendet werden.

Was bedeutet eine Verkürzung des Wohnungsbaues um eine Milliarde Mark? Nimmt man für alle am Wohnungsbaue Beschäftigten einen Stundenlohn von 1,25 M., also für den vollen Arbeitstag rund 10 M., so würde ein Ausfall von 1 Milliarde Mark bedeuten, daß 100 Millionen Arbeitstage verlorengehen. 400 000 Bauarbeiter müßten während einer vollen Bauzeit 40 Wochen arbeitslos bleiben. Aus all diesen Gründen bilden nachstehende Forderungen das Kernstück der deutschen Wirtschaft in der Zukunft: keine Beschränkung in den öffentlichen Haushaltungen, die auf Kosten der Bauwirtschaft, des gesamten Wohnungsbaues, gehen.

März.

Der Wind geht schon wärmer über den Weidhof.
Die Wasser flürzen zu Tal und der Himmel wird blau zwischen den Bergen.
Nimm die Kinder aus den Stuben, geh in die Sonne!
März öffnet wieder die Haut; es will eintrocknen in dir ...
Die Erde wird heiter, die Wolken zerreißen sich, hoch, wie es von den Heckern schallt!
Holz ist genug geschlagen, den ganzen Winter durch für das Jahr; gepulvt sind die Pfähle.
Aus dem Weidhof gehen wieder die Bauern, die Schollenbrecher und Häter der Waldberge, die mit den versteinerten Gesichtern, den Moosbüschen und der ledernen Haut ...
Walther Gofsch.

Zweckmäßige Verwendung der Freizeit.

Es scheint verzeihen, angesichts der übertriebenen Arbeitslosigkeit von einer zweckmäßigen Verwendung der Freizeit der Arbeiterschaft zu reden. Doch es gilt ja nicht die ungenutzte Freizeit, sondern dem nach der Werktaetigkeit beginnenden Nachruhende und dem durch die Gewerkschaften erzwungenen mehrtagigen Urlaub.

Jedem älteren Gewerkschafter noch allzu sehr bekannt sind die Kämpfe für eine Verkürzung der Arbeitszeit. Die Forderung des achtfundigen Arbeitstages ist ja nicht erst eine Frucht des Zusammenbruchs Deutschlands. Schon in der Mitte des vorigen Jahrhunderts hatte die Bewegung für den Achtfundentag ihre ersten Erfolge. Allerdings zuerst in Australien! Dann wurde am 1. August 1892 für die in den staatlichen Betrieben der Vereinigten Staaten Amerikas beschäftigten Arbeiter der Achtfundentag durch Gesetz eingeführt. 1889 beschloß der internationale sozialistische Arbeiterkongress in Paris, daß die Arbeiterschaft am 1. Mai jedes Jahres für den achtfundigen Arbeitstag demonstrieren solle, um diese Forderung durchzusetzen. Die Verkürzung der Arbeitszeit sollte dem arbeitenden Menschen eine größere Erholung und Kräftigung ermöglichen.

Auch die Forderung mehrtagiger Arbeitsbefreiung außerhalb der geschlichen und kirchlichen Feiertage ist keine Folgeerscheinung der Revolution. Schon vor dem Kriege hatten Beamte und ein kleiner Teil Angestellte Anspruch auf mehrtagigen Sommerurlaub. Auch in staatlichen und kommunalen Betrieben wurde dort beschäftigten Arbeitern eine, wenn auch recht beschränkte Zahl arbeitsfreier Tage zugestanden. Durch die erfolgreiche Arbeit der Gewerkschaften ist nun im letzten Jahrzehnt die Zahl der Urlaubsberechtigten erfreulicherweise recht bedeutend gestiegen und die Beschäftigung mit der Frage einer zweckmäßigen Verwendung dieser oft nach langen Kämpfen errungenen Freizeit durchaus notwendig.

Gleichgültig, welcher Art Arbeitsleistung verlangt wird, steht doch außer allem Zweifel, daß eine Entspannung des Körpers und des Geistes nur dann gegeben ist, wenn Ruhe und Erholung unter der Arbeit vollständig gegensätzlichen Bedingungen und Verhältnissen herbeigeführt werden kann. Andererseits darf wiederum keine Erschlaffung und

keine Apathie eintreten, weil hierdurch mehr Schaden als Nutzen erreicht werden würde. Es ist also falsch, sich völligen Nichtstun und der Langeweile hinzugeben, wie andererseits in sogenannten „Vergnügungen“ Abwechslung und Entspannung von der Werktaetigkeit zu suchen. Nun gibt es aber eine Menge Möglichkeiten der Entspannung und doch zweckmäßigen Beschäftigung für Körper und Geist, zum Beispiel in sportlicher Betätigung wie turnen, schwimmen usw., die aber nach dem bekannten Wort „Eines schickt sich nicht für alle“ nicht jedermanns Sache sind. Eines aber wohnt allen Menschen inne, der Drang in die Ferne, in andere Länder, andere Städte, zu andern Menschen. Ganz besonders in der Frühjahrszeit, in der Zeit des neu erwachenden Lebens in der Natur, ist diese Sehnsucht am stärksten. Wohl sind die Zeiten des wandernden Handwerksburschen so gut wie vorbei. Trotzdem wandern Tausende und Abertausende in ihrer Freizeit hinaus in Feld und Wald und in die Berge. Nicht nur Burschen und Mädel jüngeren Alters, auch „Alte“, Männer und Frauen, wandern und reisen. Es sind die „Naturfreunde“, Mitglieder des Touristenvereins „Die Naturfreunde“, jene große internationale Organisation der Arbeiterwanderer, die ein gutes Beispiel für die zweckmäßigste Verwendung der Freizeit geben. (Sich der Reichsleitung für Deutschland: Nürnberg, Webersgasse 1.)

Der werktätige Mensch, wochentags tagelang in dumpfe, oft licht- und sonnenlose Arbeitsräume gebannt, braucht Licht und Sonne zu neuer Kraftentwicklung und Gesunderhaltung seines Körpers. Nichts ist darum richtiger, als in jeder freien Stunde danach zu trachten, aus den engen Wohnungen, den lärmgefüllten Straßen der Städte hinauszukommen in frische reine Luft, in andere freie Umgebung, in die freie lichterfüllte Natur. Die heilkräftigsten Faktoren, die beste Medizin sind eben Luft, Licht und Sonnenwärme, dazu andere Menschen als die täglich ge-

Aus unserm Beruf

Kollege Joseph Häfisch 40 Jahre Verbandsmitglied.

Am 9. April sind es 40 Jahre, daß Kollege Joseph Häfisch in Darmstadt unserer Organisation angehört, und Jahre sind verfloßen, seit er die Geschäfte der Filiale leitete, so daß er in diesem Jahre ein doppeltes Jubiläum feiern kann. Gewissenhaftigkeit, Pflichttreue und Fachkenntnis, verbunden mit geradem, ehrlichem Wirken für Interessen der Arbeiterschaft, haben ihm nicht allein einen Namen gemacht, sondern auch bei Andersgestantenen einen Namen gemacht, der nur mit Achtung genannt wird. Möge ihm vergönnt sein, in guter Gesundheit noch recht lange in Nutzen der Arbeiterschaft und der Kollegenschaft im vorderen wirken zu können.

40jährigen Verbandsjubiläum des Kollegen Häfisch.

Vier Jahrzehnte gingen ins Land, seitdem du strebst für den Verband. Du sahst der Brüder und Schwestern Not in langer Fron ums tägliche Brot; damals erkanntest du schon: hier hilft nur Organisation.

Den Wanderstab in der Hand, so warbest du stets für unsern Verband. Bald stellten sich noch andre ein, die halfen das Pflänzlein betreuen und fanden den besten Lohn im Erfolg der Organisation.

Das ist's, was uns alle erfreut an deinem Jubeltag heut', wo wir herzlich gratulieren, frisch und gesund nun weiter marschieren! Hellerer Lebensabend sei dein Lohn, dies wünscht deine Organisation! P. Arnold.

Marburg. Die Generalversammlung der Filiale tagte am 2. Februar im Frankfurter Hof. Kollege Henkel erstattete den Geschäftsbericht für das Jahr 1929. Wenn auch allgemeinen die ungünstige Wirtschaftslage sich scharf in unserm Berufe bemerkbar machte, kann doch mit Genugtuung hervorgehoben werden, daß unsere Organisation im Geschäftsjahr weitere Fortschritte gemacht hat. Der Zusammenhalt der Kollegenschaft war ein guter, und es ist nur zu wünschen, daß auch im laufenden Jahre unsere Tätigkeitsfähigkeit von bestem Erfolg sein möge. Der Mitgliederbestand ist von 168 auf 216 gestiegen. Der Kassenbestand ist sich erhöht. Der Lehrlingsabteilung unserer Filiale gehören 24 Lehrlinge an. Wegen rückständigen Lohnes mußte Vorstand zwei Klagen vor dem Arbeitsgericht wahrnehmen. Beide wurden mit Erfolg durchgeführt. Die Tätigkeit des Vorstandes fand die Anerkennung der Mitglieder, daß dem Gesamtvorstand das Vertrauen ausgesprochen wurde. Der bisherige Vorsitzende, Kollege Henkel, und der stellvertretende, Kollege Witz, wurden wiedergewählt, die übrigen Funktionäre wurden neu gewählt. Die Filiale ist vertreten durch Gesellenausschuß, in der Handwerkskammer Kassel, im Prüfungsausschuß, beim Arbeitsgericht und in der Ortsanerkennungskasse. Für die kommenden Tarifverhandlungen werden dem Vorstand die besonderen Wünsche der Filiale beimgegeben. Mit der Mahnung des Vorstehenden zu fleißiger Verbandsfähigkeit und pünktlicher Beitragszahlung aller Mitglieder wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Neustrelitz. In unserer gut besuchten Jahresversammlung, an der alle Zahlstellen, außer Neubrandenburg, teilnahmen, wurde der Geschäftsbericht für 1929 erstattet. Unter anderm entnehmen wir daraus, daß im April 1929 die Filiale auf ein 10jähriges Bestehen zurückblicken konnte. Die Beschäftigungsmöglichkeit war in den einzelnen Filialen ganz verschieden. Während in Neustrelitz durch die starke Bauaktivität außer den ansässigen Kollegen noch eine ganze Reihe auswärtiger Kollegen beschäftigt werden konnte, war dies in den Zahlstellen nicht überall möglich. Weiter fällt in das Jahr 1929 die ersteilige Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der

Arbeiter und eine andere Umgebung als die gleichgültig geordnete des Alltags. Das bedarf keiner Beweisführung. Der Arzt wird diese Mittel als die besten zur Förderung der Erhaltung der Gesundheit bezeichnen. Wer nur ein wenig in der Lage jedes Jahres sich freimachen kann von Arbeit Großstadtlärm, von Fabrikendunst und stickiger Büroluft, sollte hinauswandern, ins Land hinein. Und wieder ist die „Naturfreunde“, die Arbeiterwanderer, die auch in Mindererlöshöhen die Möglichkeit bieten, seinen Urlaub anderswo als zu Hause zu verbringen. In allen Landschaftlich schönen Gegenden haben sie Wander- und Ferienheime eingerichtet und selbst erbaut, wo der Arbeiter in freier Gleichgestimmtheit und ohne Ueberverteilung seine Freizeit billig und zweckmäßig verleben kann.

Noch ein Wort auch für die Frauen. Gleichgültig, wie zum geringen Verdienst des Mannes durch eigene Arbeit beitragen müssen oder ob sie dabei für die Familie sorgen: Auch sie müssen alljährlich Urlaub haben, Urlaub von der Arbeit und vom Kochtopf. Auch für sie ist die zweckmäßigste Verwendung ihrer Freizeit erst dann gegeben, wenn sie einmal ganz aus ihrem Arbeitsbereich rauskommen. Auch sie sollen und müssen mit dem Mann, mit der Familie zusammen hinaus ins Freie, in die Luft und Sonne. Sie ist die Mutter unserer Kinder und oft mehr als der Mittelpunkt der Familie. Wie leicht wird oft bei einigem guten Willen das unmöglich Scheinende möglich werden.

Wandern und Reisen ist heute nicht mehr das Vorrecht der kleinen Gruppe der Besitzenden, wandern und reisen kann auch der Arbeiter, die Arbeiterin. Die Ferienreisen der „Naturfreunde“ und ihre Heime in allen Ländern, an der See und im Gebirge, bieten die günstigste Gelegenheit, daß auch der Arbeiter sein Recht auf Reisen und Urlaub voll in Anspruch nehmen kann. R. Bunt.

Umflucht! Verflucht! Rückflucht!

Denke nicht nur an dich, denke auch an andere!



NAGEL, SPÄNE, SCHERBEN BRINGEN LEICHT VERDERBEN

Bestell-Nr. — 305 — der Unfallverhütungsbild O. m. B. H. Berlin W 4, beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften

Ordnungs- und Arbeitsliebe ist angeboren. Ein wirklich ordentlicher Mensch bekommt es einfach nicht fertig, seinen Arbeitsplatz zu verlassen, ohne alle Ueberreste aufgeräumt zu haben. Wenn aber Ordnung nicht angeboren ist, der muß sich durch strengste Selbstzucht dazu erziehen. Nicht nur seine eigene Sicherheit gebietet das; denn Ordnung, Sauberkeit und Ueberflüsslichkeit des Arbeitsplatzes sind die sicherste und einfachste Unfallverhütung. Er muß es vor allen Dingen auch tun mit Rücksicht auf seine Arbeitskollegen. Und wer es sich durchaus nicht angewöhnen kann, den sollen seine Kameraden dazu erziehen. Sie selbst sind ja letzten Endes diejenigen, die unter der Rücksichtslosigkeit der Unordnung auch eines Tages mit leiden können.

Zahlstellen Neubrandenburg und Friedland durch den Reichstarif. Die übrigen Zahlstellen haben bekanntlich schon länger durch Reichstarif geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen. Hierdurch ist jetzt erreicht, daß die Kollegen in diesen Orten ebenfalls entlohnt werden, was vorher nicht der Fall war. Vor dem Arbeitsgericht war nur eine Klagesache zu vertreten; sie hatte für uns vollen Erfolg. Die Beschaffung von Winterarbeit gemeinsam mit der Innung war hier nicht möglich, da sie ein zusammenarbeiten mit uns ablehnte. Immerhin wurde bei der Stadtverwaltung für sechs Kollegen für vier Wochen Arbeit herausgeholt. Eine ganze Reihe von Kollegen kam in die Sonderfürsorge, eine Verringerung war leider bis heute nicht möglich. Ein besonderes Augenmerk soll der Jugendorganisation gewidmet werden, trotzdem dies in den kleinen Orten hier verhältnismäßig schwierig ist. Die teilweise weil zu hohe Einstufung von Lehrlingen muß unter allen Umständen unterbunden werden. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, an diesen Aufgaben mitzuarbeiten. Der bisherige Vorstand wurde wieder gewählt.

Wiesbaden. In unserer Jahresgeneralversammlung für das abgelaufene Geschäftsjahr 1929 waren 38 Delegierte aus 23 Zahlstellen erschienen, die insgesamt 1374 Mitglieder vertraten. Außerdem waren 9 Vorstandsmitglieder, 2 Kreisführer, 2 Distriktsführer und der Bezirksleiter Kollege Aurb aus Frankfurt a. Main anwesend. Den Kassen- und Geschäftsbericht erstattete der Angestellte der Filiale. In längeren Ausführungen schilderte er nochmals alle wichtigen Ereignisse, die sich im Jahre 1929 abgespielt haben. Die Berufsangehörigen des Maler- und Tischlergewerbes hatten neben denen des Baugewerbes das ganze Jahr hindurch schwer unter dem Druck einer furchtbaren Krise zu leiden. Einem großen Teil der Berufs-kollegen war es nicht möglich, eine zweiseitige pflicht-versicherte Tätigkeit auszuüben, um eine neue Anwartschaft in der Arbeitslosenversicherung zu erlangen. Deshalb kann unser Gewerbe nicht mehr als Saisongewerbe angesprochen werden. Die Arbeitslosenziffer im Wirtschaftsgebiet Hessen und Nassau stand 18 bis 19% höher als die des Reichsdurchschnitts mit 23%. Immer hrennender wurde die Frage Arbeitsbeschaffung, die von den beiderseitigen Organisationen, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer schon seit Jahren mit Erfolg betrieben wird.

Sehr schwierig gestalteten sich die im Frühjahr geführten Lohnverhandlungen für das Malergewerbe. Durch Schlichtungsbescheid eines Unparteiischen endeten sie mit einer Lohnaufbesserung von etwa 4% auf die bestehenden Löhne vom 10. Mai 1929 an.

Ohne zu übertreiben kann von dem Jahre 1929 gesagt werden, daß es für die Arbeiterschaft ein Jahr des Kampfes darstellte. Ein Jahr des Kampfes deshalb, als es galt, die bestehenden Einrichtungen in sozialer Beziehung zu verteidigen. Monatelang drehte sich der Kampf um die Reform der Arbeitslosenversicherung, denn hierzu hatten die Arbeitgeberverbände weitgehende Verschlechterungsanträge gestellt, die darauf hinausliefen, viele laufende Arbeiter während der Wintermonate aus der Unterstützung herauszunehmen. Dank ihrer Stärke ist es den Gewerkschaften in Verbindung mit der Sozialdemokratischen Partei gelungen, die Verschlechterungsanträge zum großen Teile abzuwehren.

Dem Zugang an Mitgliedern stand ein Abgang von 104 gegenüber, so daß immer noch, trotz der schlechten Konjunktur, ein Zuwachs von 87 Mitgliedern zu verzeichnen ist. Alle anwesenden Vertreter waren sich darüber einig, daß die seit vorigem Jahre wiederhergestellte Verbindung mit den Jugendlichen nicht mehr abreißen dürfe, und daß in bezug auf Gewinnung neuer Mitglieder alles versucht werden muß, die noch Absetzstehenden dem Verbands zuzuführen.

Verstöße gegen den Reichstarifvertrag, wie sie im vorigen Jahre vorgekommen sind, müssen unter allen Umständen vermieden werden. Von 13 Klagen, die beim Arbeitsgericht anhängig gemacht waren, sind 12 zugunsten der Kollegen entschieden worden. Außer den 5 Fällen, mit denen sich das Ortsarbeitsamt beschäftigen mußte, sind noch eine ganze Reihe anderer Fälle durch persönliche Verhandlungen auf gutlichem Wege geregelt worden.

Trotzdem die gesamten Ausgaben im Jahre 1929 gegenüber den gesamten Einnahmen sehr hoch waren und 82 353,29 M betragen, sind die Kassenverhältnisse immer noch sehr günstig. Die Geschäftsführung sowie die von der Filialverwaltung geleistete Arbeit fand allgemeine Anerkennung, was auch dadurch zum Ausdruck gebracht wurde, daß die alte Filialverwaltung einstimmig wiedergewählt wurde.

Gewerkschaftliches

Eduard Hausmann †

Der Obmann des Verbandes der Arbeiter in der Bau-, Stein- und Keramikindustrie in der Tschechoslowakischen Republik, Eduard Hausmann, ist nach kurzer Krankheit in Prag, 60 Jahre alt, gestorben. Von Beruf war er Maurer. Schon in früher Jugend wurde er Mitglied der sozialdemokratischen Partei, und er war der erste einer, die den Ruf: Organisiert euch! unter die Bauarbeiter Böhmens trugen. Im Jahre 1905 wurde er Bezirksleiter des Oesterreichischen Maurerverbandes und hatte seinen Sitz in Bodenbach. Der deutschen Bauarbeiterschaft hat er in jenen Jahren manchen Dienst erwiesen bei der Fernhaltung von Streikbrechern, die die deutschen Bauunternehmer aus Oesterreich und Ungarn heranschleppten mit der Absicht, dadurch die Kämpfe der deutschen Bauarbeiter unwirksam zu machen. Nach Beendigung des Weltkrieges wurde Hausmann mit der Führung des Deutschen Bauarbeiterverbandes in der Tschechoslowakei beauftragt. Und später, nach der Verschmelzung mit den beiden tschechischen Bauarbeiterverbänden, wurde er auch der Leiter der gemeinsamen Organisation. Auch auf politischem Gebiete stellte der Verstorbene seinen Mann. Sein Leben war ausgefüllt mit Arbeit, sein Streben galt dem Wohle des werktätigen Volkes, in erster Linie dem Wohle der Bauarbeiterschaft.

Louis Brunner 65 Jahre alt.

Kollege Louis Brunner wurde Anfang März 65 Jahre alt. Als Drechler kam er bereits früh zur Gewerkschaftsbewegung. Von 1893 bis 1902 war er als Expedient bei der Generalkommission der Gewerkschaften in Hamburg tätig. Nach der Sitzverlegung nach Berlin setzte er seine Tätigkeit als Angestellter in deren Büro fort. Von 1908 bis 1916 übernahm er die Leitung der Reichssekretion der Eisenbahner des Verkehrsbundes. Nachdem der Eisenbahnerverband gegründet war, wurde Brunner dessen erster Vorsitzender. In dieser Stellung blieb er bis 1921. Der Eisenbahnerverband war zu einer großen Macht geworden und Kollege Brunner konnte mit seiner Tätigkeit zufrieden sein. Er ging zum Verkehrsbund zurück, wo er Redakteur wurde und eine Spezialzeitung „Post und Telegraphie“ bis jetzt erfolgreich leitete. Von 1919 bis 1920 war Brunner Mitglied der Nationalversammlung und von 1920 bis 1924 Mitglied des Reichstags. So ist dem Kollegen Brunner fast jedes Werk gelungen, das ihm übertragen wurde. Er war einer von jenen, die unter den schwersten Mühen von Jugend an in den vordersten Reihen der Arbeiterbewegung gekämpft und sich durchgeleht haben. Wir entbieten dem lieben Freunde unsere Glückwünsche, möge er noch lange sich einer guten Gesundheit erfreuen.

Keine gewerkschaftliche Mitarbeit in der Feuersturmwoche.

Die Arbeits- und Interessengemeinschaft Deutscher Feuerwehrorgane veranstaltet in diesem Jahre eine Feuersturmwoche. Nach den offiziellen Mitteilungen sind etwa 30 000 Feuerwehren die Träger dieser Veranstaltung. Die Gewerkschaft des Personals der Berufsfeuerwehren, der Verband Deutscher Berufsfeuerwehrmänner, ist von der Mitarbeit in der Arbeits- und Interessengemeinschaft Deutscher Feuerwehrorgane ausgeschlossen, obwohl er seinen Beitritt bereits im Februar 1929 angemeldet hat. Der Bundesvorstand des VdFB hat der Arbeits- und Interessengemeinschaft Deutscher Feuerwehrorgane mitgeteilt, daß er bei dieser Sachlage für die Veranstaltung keine Propaganda treiben könne.

Die Ablehnung der Mitarbeit des Verbandes Deutscher Berufsfeuerwehrmänner ist auf die Einstellung der Führer Freiwilliger Feuerwehren und industrieller Berufsfeuerwehren zurückzuführen. Die Arbeits- und Interessengemeinschaft hat dem Verband mitgeteilt:

„Nach den eingeholten Erklärungen, die in allen Fällen von den zuständigen Mitgliederversammlungen beschlußmäßig gefaßt worden sind, kann eine Aufnahme des Verbandes Deutscher Berufsfeuerwehrmänner in die Arbeits- und Interessengemeinschaft Deutscher Feuerwehrorgane leider nicht in Frage kommen.“

An den gewerkschaftlich organisierten Mitgliedern freiwilliger Feuerwehren wird es liegen, festzustellen, ob sie auch weiterhin dulden können, daß die Gewerkschaft des berufsmäßig tätigen Feuerwehrorgane von der Mitarbeit in der Spitzenorganisation Deutscher Feuerwehrorgane ausgeschlossen ist. Von dem gewerkschaftlich organisierten Personal der Berufsfeuerwehren wird niemand erwarten, daß es freiwillig eine Veranstaltung unterstützt, an der die Gewerkschaft nicht beteiligt ist.

